

04.10.2011

Pressemitteilung

Vorwürfe des türkischen Ministerpräsidenten gegen die deutschen politischen Stiftungen haltlos und politisch gefährlich

Zu den wiederholten Anschuldigungen des türkischen Premierministers Erdogan, die deutschen politischen Stiftungen würden indirekt die PKK finanzieren erklären Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich Böll Stiftung, und Ulrike Dufner, Büroleiterin in Istanbul, die sich gerade auf einer Informationsreise in den kurdischen Gebieten der Türkei befinden:

Die Anschuldigen des türkischen Ministerpräsidenten entbehren jeder sachlichen Grundlage. Weder finanzieren die deutschen Stiftungen Infrastrukturprojekte noch vergeben sie Kredite.

Die Heinrich Böll Stiftung arbeitet in der Türkei vor allem mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Menschenrechtsgruppen, wissenschaftlichen Instituten und Berufsverbänden zusammen. Im Rahmen eines von der EU geförderten Projekts zu Energieeffizienz in Kommunen gibt es auch eine Zusammenarbeit mit Gemeinden, die nicht parteipolitisch ausgerichtet ist. In diesem Zusammenhang gibt es auch enge Kontakte zu AKP-nahen Gemeindeverwaltungen.

Aus unserer Sicht zielen die Vorwürfe des Premierministers darauf ab, Kontakte der Stiftungen zur politischen Opposition in der Türkei in die Grauzone der Unterstützung der PKK zu rücken. Das gilt insbesondere für die pro-kurdische zivile Opposition. In den letzten zweieinhalb Jahren wurden über 3000 kurdische Politiker und zivilgesellschaftliche Akteure verhaftet und wegen Unterstützung der PKK angeklagt, darunter zahlreiche Bürgermeister, lokale Abgeordnete und andere Kommunalpolitiker. Wir sehen die Beschuldigungen gegen die deutschen Stiftungen als Teil einer Strategie der Kriminalisierung der zivilen kurdischen Opposition.

Das wird auch an der tendenziösen Berichterstattung in einigen türkischen Medien zu dem Gespräch mit dem Bürgermeister des Altstadtbezirks von Diyarbakir, Abdullah Demirbas, deutlich, das wir am 2. Oktober geführt haben. Daraus einen Beleg für unsere angebliche Unterstützung der PKK zu konstruieren, ist abwegig. Es gibt keinerlei finanzielle Zuwendungen der Heinrich Böll Stiftung gegenüber dieser Gemeindeverwaltung. Dagegen halten wir es für selbstverständlich, politische Gespräche mit gewählten Repräsentanten der Kurden zu führen. Wenn man eine friedliche Beilegung des „Kurdenkonflikts“ will, muss man gerade die zivilen Kräfte auf allen Seiten stärken und in Gespräche einbinden. Im übrigen rief Abdullah Demirbas in diesem Gespräch zu einem Ende der Gewalt auf, um den Raum für eine politische Lösung zu schaffen. Das entspricht auch unserer Haltung.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich in dieser Sache eindeutig vor die deutschen politischen Stiftungen stellt.

İnönü Cad. Hacı Hanım Sok. No:10/12 Gümüşsuyu 34439 İstanbul **T**+90 212 249 15 54 **F**+90 212 245 04 30 **I** www.boell.org **E** info@boell-tr.org

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich Böll Stiftung

Ulrike Dufner, Büroleiterin in Istanbul